

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 20.

Charlottenburg, Freitag, den 16. Mai 1919.

Jahrg. 46.

Bestimmungen über die Aufgaben der Betriebsräte.*)

Beim Abschluß von Kollektivverträgen sind die Einrichtung Aufgaben der Betriebsräte gemäß Punkt 7 der Richtlinien die künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften im Sinne der folgenden Bestimmungen zu regeln:

1. In jedem dem Vertrag unterstehenden Betrieb mit mindestens 20 Beschäftigten ist aus den Reihen der über 18 Jahre alten Arbeiter und Arbeiterinnen ein Betriebsrat in geheimer Wahl zu wählen. In Betrieben mit weniger als 20 Beschäftigten vertritt Vertrauensmann der Gewerkschaft die Stelle des Betriebsrates allen diesem zustehenden Rechten. In den Kollektivverträgen ist die Zahl der Mitglieder des Betriebsrates entsprechend der Zahl der im Betrieb Beschäftigten festzusetzen.

2. Die Wahl des Betriebsrates muß spätestens vier Wochen nach Inkrafttreten eines Kollektivvertrages resp. nach Eröffnung eines neuen Betriebes stattfinden. Sie erfolgt innerhalb des Betriebes unter der Leitung eines Vertreters der am Vertrag beteiligten Arbeitnehmerorganisation. Bei der Zusammensetzung des Betriebsrates sind die verschiedenen Kategorien und Branchen der im Betrieb beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nach Möglichkeit zu berücksichtigen. Für etwaige Zweigbetriebe ist je ein besonderer Betriebsrat zu wählen. Die Betriebsräte der zu einem Unternehmen gehörigen Teilbetriebe haben sich zur gemeinsamen Vertretung der Interessen der gesamten Arbeitnehmer zu verständigen und nach Bedarf gemeinsam zu tagen.

3. Alljährlich finden Neuwahlen der Betriebsräte statt. Für die Neuwahl gelten die gleichen Vorschriften wie für die erstmalige Wahl. Wiederwahl ist zulässig. Für ausscheidende Mitglieder ist innerhalb vier Wochen nach ihrem Austritt eine Ersatzwahl nach den gleichen Wahlvorschriften vorzunehmen.

4. Für Sitzungen und Verhandlungen während der Arbeitszeit sind die Mitglieder des Betriebsrates vom Arbeitgeber in Höhe ihres durchschnittlichen Arbeitsverdienstes für die versäumte Arbeitszeit zu entschädigen. Von jeder solchen Sitzung ist der Arbeitgeber vorher in Kenntnis zu setzen. Er hat das Recht, an diesen Sitzungen teilzunehmen.

5. Der Betriebsrat hat das Recht, in allen Betriebsangelegenheiten mitzuwirken, an denen die Arbeiterschaft beteiligt ist oder berechtigtes Interesse hat. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, die notwendigen Beratungen des Betriebsrates im Betrieb zuzulassen und auf Verlangen daran mit seinem Rat und den notwendigen Umständen teilzunehmen. Jede Benachteiligung eines Betriebsratsmitgliedes in seiner Beschäftigung und Entlohnung ist vom Betriebsrat resp. von der Schlichtungskommission zurückzuweisen.

6. Der Betriebsrat hat die Pflicht, alle den Arbeitern und Arbeiterinnen gesetzlich und auf Grund eines Kollektivvertrages zustehenden Rechte für dieselben wahrzunehmen und dem Arbeitgeber gegenüber zu vertreten. Er hat dabei das gute Einvernehmen der Arbeiterschaft untereinander und mit dem Arbeitgeber ebenso wie die gemeinsame Interesse an einem vorteilhaften Fortgang des Betriebes zu berücksichtigen. In Gemeinschaft mit dem Arbeitgeber hat der Betriebsrat sein Augenmerk auf die Bekämpfung der Un- und Gesundheitsgefahren in dem Betrieb zu richten und die Betriebsaufsichtsbeamten und andere in Betracht kommenden Stellen bei dieser Bekämpfung zu unterstützen. Beschwerden des Arbeitgebers oder der Arbeitnehmer über ein dieser Vorschrift zu-

widerlaufendes Verhalten des Betriebsrates sind durch die Schlichtungskommission zu entscheiden.

7. Im einzelnen hat der Betriebsrat mitzuwirken:

- a) bei Einstellungen und Entlassungen im Betrieb. Entlassungen dürfen nur nach Anhörung des Betriebsrates erfolgen;
- b) bei der Einstellung und Verwendung von Frauen und Jugendlichen zur Verrichtung von Männerarbeit;
- c) bei der Festsetzung kürzerer Arbeitsschichten wegen Mangel an Aufträgen, oder von Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeiten in Fällen dringender Notwendigkeit. Der Betriebsrat hat
- d) das Recht, bei jeder Lohn- oder Akkordvereinbarung mit den einzelnen Arbeitern oder Arbeiterinnen des Betriebes mitzuwirken. Er ist insbesondere in jedem Streitfall hinzuzuziehen, wobei er zu vermitteln und auf eine Einigung im Sinne des Kollektivvertrages hinzuwirken hat. Entlassungen wegen Lohn- oder Akkordstreitigkeiten dürfen nicht erfolgen, solange nicht der Betriebsrat zur Schlichtung herangezogen wurde. Die Lohnbücher sind dem Betriebsrat auf Verlangen vorzulegen;
- e) bei der Regelung der Ferien für Arbeiter und Arbeiterinnen die Reihenfolge des Ferienantritts in Gemeinschaft mit dem Betriebsleiter festzusetzen;
- f) bei Beschwerden über die Beschäftigung und Behandlung der Lehrlinge mitzuentcheiden;
- g) bei vorhandenen Mängeln in der Unfallverhütung und den gesundheitlichen Einrichtungen des Betriebes einzugreifen.
- h) Zur Schlichtung von Streitigkeiten jeder Art im Betrieb ist zuerst der Betriebsrat anzurufen.

8. Der Betriebsrat ist berechtigt, die Arbeiterschaft des Betriebes zu Versammlungen einzuberufen, die sowohl innerhalb wie außerhalb des Betriebes stattfinden können. Während der Arbeitszeit dürfen Betriebsversammlungen nur in dringenden Fällen und nicht ohne Vorwissen des Arbeitgebers oder seines Stellvertreters stattfinden. An Versammlungen, die im Betrieb stattfinden, kann der Arbeitgeber in jedem Fall mit beratender Stimme teilnehmen.

9. An den Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat können Vertreter der beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen teilnehmen. Sie dürfen weder vom Arbeitgeber noch von den Arbeitnehmern des Betriebes zurückgewiesen werden.

Zur Sozialisierungsfrage.

Deutschland durchlebt gegenwärtig seine schwersten Schicksalsstunden: Aus tausend Wunden blutend liegt der deutsche Volkskörper am Boden. Uebermenschliche Kraftanstrengungen und Entbehrungen während der langen Kriegsdauer, unerhört unmeniglich harter Druck seitens der „Sieger“ durch immer wieder neue völkerrechtswidrige Forderungen, innere Erschütterungen, welche die Gefahr des vollständigen Zerfalls in sich tragen, indem sie die geringe Produktionsmöglichkeit ganz in Frage stellen, ein durch nichts mehr zu überbietender Tiefstand der Ernährungsmöglichkeit und ein noch nie dagewesener, fabelhaft hoher Preisstand für die wenigen vorhandenen Lebensmittel und Gebrauchs- und Bedarfsartikel stellen die Ursachen dar, aus denen heraus die Frage der Vergesellschaftung aus dem Stadium der theoretischen Erörterungen in das der praktischen Betätigung gedrängt wurde. Während

*) Beschlossen in der Konferenz der Vorstandsvertreter der Gewerkschaften am 25. April.

bis zum Ausbruch jener heroischen Bewegung in den ewig denkwürdigen Novembertagen 1918 nur wenig diskutiert wurde über die Frage der Vergesellschaftung der Produktionsmittel, ist diese gegenwärtig gewissermaßen der Pol, um den sich alles dreht.

Und wenn schon Angehörige der sogenannten bürgerlichen Gesellschaft, die die Frage der Sozialisierung als eine „utopistische Schrunke“ bezeichneten, an die Behandlung derselben ernsthafter als früher herantreten (allerdings mehr der Not als dem inneren Triebe gehorchend), um so mehr ist es erklärlich, wenn auch die Arbeiterchaft, die an den Leiden und Nöten der furchtbaren Gegenwart doppelt schwer zu tragen hat, sich mit dem Problem der Sozialisierung eingehend beschäftigt, um wenigstens in eine gesicherte Zukunft blicken zu können. Geht doch mit der Durchführung der Sozialisierung das tiefe Sehnen der Arbeiter nach wirtschaftlicher Gleichberechtigung endlich in Erfüllung. Die eigentlichen Nutznießer der heutigen privattkapitalistischen Wirtschaftsform waren bis zum Augenblick die Nichtarbeiter und Kapitalisten, denen fast ausschließlich der Unterschied zwischen Produktionskosten und Verkaufspreis, der „Mehrwert“ zufließt. (Siehe Erklärung über Mehrwert, Karl Marx Kapital, Band I, Kapitel 7.)

In dem heutigen Produktionsprozesse spielten die Arbeiter nur insofern eine Rolle, als sie als die Erzeuger des Mehrwertes in Frage kamen, sie waren also nur Objekt und nicht auch Subjekt, das sich alles bieten lassen mußte und dafür nicht mitbestimmen durfte.

Der Krieg hat nun den weitesten Kreisen der Arbeiterchaft Einblick gewährt in das Getriebe der privattkapitalistischen Wirtschaftsmaschinerie und es hat sich auf Grund dieses Anschauungsunterrichts in ungezählten Köpfen die Erkenntnis durchgerungen, daß die bisherigen Zustände einer grundlegenden Umgestaltung dringend bedürfen. Und wie schon eingangs gesagt, die furchtbaren Leiden und Nöte der Gegenwart haben verursacht, daß die Arbeiterchaft ernstlich an die Erörterung der Frage der Sozialisierung herantritt, weil sie von der Durchführung der Vergesellschaftung ein besseres Erdendasein erhofft. Die Frage, ob sozialisiert werden soll, wird wohl einhellig mit ja beantwortet.

Was ist nun Sozialisierung? Sie ist keine allgemeine Teilerlei, bei welcher dem, der viel hat, alles genommen werden soll, um es dem zu geben, der nichts hat; sie soll auch keine neuen Privilegien und Vorrechte schaffen, sondern sie soll solche beseitigen, sie soll ein Akt ausgleichender Gerechtigkeit sein, durch welchen die gesamte Menschheit zu Wohlstand, Glück und Lebensfreude gelangen soll. Sozialisierung ist Umwandlung der privattkapitalistischen Wirtschaftsform in eine gesellschaftliche, innerhalb welcher die ganze Gesellschaft Eigentümer und Nutznießer dessen wird, was bis jetzt wenigen Bevorzugten gehörte. Die sozialistische Wirtschaftsform soll das Verhältnis des einzelnen Gliedes der Gesellschaft, soweit es am Wirtschaftsprozeß beteiligt ist, anders regeln: Es darf nicht mehr Ausbeuter und Ausgebeutete geben, der Arbeiter muß gleichberechtigter Faktor im Wirtschaftsprozeß werden. Rein Volksgenosse darf ohne Gegenseitigkeit für den anderen arbeiten, sondern jede Arbeit muß von jedem für sich und gleichzeitig für die Allgemeinheit getan werden. Das Wohl der Gesamtheit muß über den Egoismus des einzelnen gestellt werden.

Die Sozialisierung läßt sich aber nicht nach einem Schema durchführen. Während durch Konzentration, durch planmäßige Zusammenfassung der industriellen zc. Betriebe die Produktivität gesteigert und die Produktion rationeller gestaltet werden kann, ist das Verhältnis in der Agrarfrage ein umgekehrtes: Hier sichern wahrscheinlich antikommunistische Stimmung und dezentralistisches Bestreben des Bauern erhöhte Erträge, weshalb die großen Betriebe aufzulösen sind, um mehr kleinbäuerliche Betriebe zu schaffen.

Der Weg, der uns zu diesem Ziele führen soll, hat allerdings nicht nur Biegungen, sondern auch noch bedeutende Steigungen, die aber überwunden werden müssen. Erstere zeigen sich in den verschiedenartigsten Auffassungen über das Wie und Wann, während letztere sich uns in dem festgefügten Bollwerk des privaten Kapitalismus mit seinen Begleiterscheinungen entgegenstellen.

Dort, wo dieser Weg Biegungen aufzuweisen hat, wird es unseres Erachtens verhältnismäßig leicht sein, das Abzweigende zu beseitigen, um gemeinsam dem Ziele zuzustreben. Schwerer werden die Begleiterscheinungen überwinden lassen. Jedoch das Gebot der Zeit wird lauten: Es muß!

Es hat zwar schon, bevor die Frage der Sozialisierung brennend wurde, verschiedene Formen des Sozialismus gegeben, die, wie z. B. der Staatssozialismus, der seinen Ausdruck fand in der Post, den Staatseisenbahnen usw. und der genossenschaftliche Sozialismus, sich zu einer nicht unbedeutenden Höhe entwickelten hatten, aber diesen Formen des Sozialismus waren noch die Eigenheiten des Kapitalismus auf die Stirn gedrückt: Nur die Einrichtung der Staatseisenbahnen, der Post, des Telegraphen-

wesens zc. ist sozialistisch, die Wirkung und der Zweck war aber aus kapitalistisch. Denn der Staat als Unternehmer, Arbeitgeber und Kapitalist suchte aus seinen Arbeitern und Angestellten möglichst viel „Mehrwert“ herauszuschlagen, um andere Staatsbedürfnisse zu decken. Der genossenschaftliche Sozialismus kommt dem sozialistischen Ideal schon bedeutend näher, denn in der Produktionsgenossenschaft sind die Genossen zugleich Unternehmer und Arbeiter, denen die aus dem Unternehmen herausgewirtschafteten Uberschüsse prozentual ihrer Einlagen zufließen. Als das Ideal des Sozialismus würde demnach der kommunistische zu betrachten sein, der im Augenblick allerdings nur eine ideale Forderung darstellt, da derselbe noch keinerlei praktische Betätigung gefunden hat, sei denn, das russische Experiment würde als Praxis angenommen. Wenn es aber eines Beispiels bedarf dafür, daß eine sofortige „Expropriation“ innerhalb einer Katastrophe eine neue Schaperwürde, so darf auch Rußland als solches Beispiel genannt werden. Dort hat man „expropriert“, das heißt: man hat enteignet, und die bisherigen Besitzer für ihre wohlverworbenen Rechte zu entschädigen, ohne daß das Kapital dort „akkumuliert“ und die Produktion gesteigert worden wäre. Das Volk hat sich gewissermaßen sozialisiert und dadurch die Produktivität auf einen durch nichts mehr zu überbietenden Tiefstand herabgedrückt. Das russische Experiment ist durch die Sozialisierung nicht zu Wohlstand und Wohlergehen gelangt, sondern es leidet tatsächlich Hunger! Obgleich Rußland sehr wohl in der Lage sein könnte, zu produzieren und überflüssige Produkte auszuführen zu können. Was sich aber in Rußland zeigen würde auch bei uns in Deutschland in Erscheinung treten bei gleichartigem Vorgehen. Die Geschichte aller Zeiten und Völker hat bewiesen, daß alles das, was nicht auf dem Wege der natürlichen Entwicklung vor sich ging, keinen Bestand haben konnte und gegenteilige Wirkung von der gewollten auslöste. Wenn also wir in unseren Kreisen an die Erörterung der Frage der Sozialisierung herantreten, weil wir wissen, daß auch für unsere Industrie die Zeit der Reise zur Vergesellschaftung kommt und weil die Gegenwart auf Umgestaltung geradezu drängt, so müssen wir trotzdem ebenso leidenschaftslos als gewissenhaft die Frage prüfen: Ist unsere Industrie zur sofortigen Sozialisierung reif? Ich meine Person glaube verneinen zu müssen, weil ich der Meinung bin, daß die Vorbedingung einer allgemeinen Sozialisierung die Vergesellschaftung der Kohlenförderung und Rohstoffgewinnung, der Transportmittel und der Kraft erzeugung ist. Wenn Kollege D. A. sein „Ja“ mit dem Hinweis auf die Tatsache, daß die Porzellanfabrikation anfänglich in den Händen des Staates lag, begründet, so sei darauf hingewiesen, daß diese Tatsache eigentlich gegen eine Vergesellschaftung spricht. Denn Kollege D. A. sagt selbst, daß, nachdem „privates Unternehmertum sich der Fabrikation bemächtigt, wir es diesem zu danken haben, daß die Erzeugnisse der Porzellanindustrie in alle Welt gingen“. Mit anderen Worten gesagt: Die Produktion steigerte sich an Quantum und Qualität, was erhöhte Erträge bedeutet. Im übrigen hinkt der Vergleich mit dem damaligen Staatssozialismus ganz gewaltig. Daß die Industrie sozialisiert werden muß, habe ich schon oben gesagt und ich füge dem hinzu, daß die Sozialisierungsfrage Lebensfrage für Deutschland geworden, von deren Lösung Sein oder Nichtsein abhängt, aber die Entwicklung darf nicht mit einem kühnen Sprung über Nacht korrigiert werden. Die Revolution hat die Wege ebnet, auf denen wir der wirtschaftlichen Gleichberechtigung zustreben. Dieses Ziel nicht aus den Augen zu verlieren, bis es erreicht ist, ist der geschlossene Wille der Arbeiterchaft, die von der Sozialdemokratie praktische Arbeit verlangt, nachdem das Stadium der Propaganda hinter uns liegt. Einen vorläufigen Erfolg ist das, was wir als Arbeiter von der Sozialisierung erwarten, uns der Tarifvertrag bringen, den baldigst abzuschließen und der Verbandsleitung erhöhte Verpflichtung hat. Der Tarifvertrag soll für uns die Brücke sein, auf welcher wir über den Abgrund des privaten Wirtschaftssystems hinüber gehen in die Ebene des Sozialismus, in das Land der Gleichen unter Gleichen. Noch mehr harter Kampf wird bis dahin zu bestehen sein, ehe jegliches Ziel erreicht ist und an die Stelle des heutigen kapitalistischen Staates der Idealstaat eines Joh. Gottlieb Fichte treten kann. Aber nicht Gewalt oder übereilte Experimente sollen Geburtsstunde der neuen Zeit sein, sondern die natürliche Entwicklung. Das ist die Parole der Arbeiterchaft. „Es war' ein eitel und vergeblich Wagen, zu fallen ins Band der Zeit“. Dies gilt insbesondere für diejenigen unserer Zeitgenossen, welche glauben, durch wilde Streiks und Aufstände den Idealstaat herbeiführen zu können. Nicht erst Brot und Arbeit, sondern Arbeit und Ordnung, um Brot zu erhalten, ist die Parole lauten. Eine Frage, wie die Sozialisierungsfrage, sich nicht erledigen wie ein Programm zu irgendeiner Veranstaltung. Aber gelöst werden muß sie, da sie Lebensfrage geworden ist.

Aus unserm Berufe.

Breslau. In einer am 28. Februar abgehaltenen Betriebsprechung führte der Gauleiter Martin Girsch die bei der Konferenz der Spülwarenfabrikanten gefassten Beschlüsse bezüglich der 5prozentigen Lohnerhöhung den Anwesenden vor Augen und merkte zugleich, daß diese Aufbesserung nur eine vorläufige sei. Er forderte dann in einer kernigen Ansprache die säumigen Kollegen und Kolleginnen auf, sich dem Porzellanarbeiterverbande anzuschließen.

In der am 14. März stattgefundenen Zahlstellenversammlung wurden diese Lohnvereinbarungen besprochen, und waren die Mitglieder der Meinung, daß die Löhne in keinem Vergleich zu den jetzigen Verhältnissen standen. Folgender Beschluß wurde einstimmig angenommen:

„In der heutigen Zahlstellenversammlung, in der alle Kategorien der „Breslauer Steingutfabrik“ vertreten waren, wurde der Beschluß gefaßt, daß die im Stundenlohn beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen trotz der 125prozentigen Lohnaufbesserung nicht auskommen können und wünschen eine nochmalige Aufbesserung der jetzigen bestehenden Löhne, desgleichen auch Akkordarbeiter für die nicht bezahlte Arbeit einen Zuschlag fordern. Als Stundenlohn sollen für Arbeiter 1,50 Mk., für Arbeiterinnen 0,80 Mk. geltend werden.“

Ohne daß sich der Arbeiterausschuß mit dem in der Versammlung gefassten Beschluß zur Fabrikleitung begeben brauchte, hat der Herr Direktor am 17. März das Personal der Fabrik zummentkommen, um sich mit den Arbeitern über die neuen Forderungen auszusprechen. Nach längerer Debatte wurde folgenden Grundsätzen zugestimmt:

1. Perfekte, d. h. gelernte und angelernte, gut eingerichtete, ständig arbeitende Gießer, Formgießer, Einrichter, Kapselher, Seher, Glasierer, Schleifer und Packer, soweit deren Arbeiten nicht gegen Akkordlohn ausgeführt werden können, erhalten pro Stunde 1,50 Mk.

2. Brenner, Ofen- und Brennhausarbeiter, Kesselheizer, Mahlmühlen- und ähnliche Arbeiter, Lagerarbeiter, Hilfsarbeiter in Schleiferei und Formgießerei, Formträger und ähnliche Arbeiter, Arbeiter in Kapseldreherei, Glasiererei und Schleiferei erhalten pro Stunde über 20 Jahre alte 1,35 Mk., 18 bis 20 Jahre alte 1,15 Mk., 16 bis 18 Jahre alte 0,90 Mk.

3. Für Arbeiter, welche als Gießer, Formgießer, Einrichter, Kapseldreher, Glasierer, Schleifer und Packer angelernt werden, gelten die gleichen Sätze wie für die unter Nr. 2 genannten. während der ersten 6 Monate ihrer Beschäftigung. Nach 6 Monaten erhalten sie den für angelernte Arbeiter der jeweiligen Kategorie festgesetzten Lohn bzw. Akkordlohn. Akkordarbeit kann aber auch vor Ablauf der ersten 6 Monate begonnen werden.

4. Arbeiterinnen, soweit sie nicht in Akkord beschäftigt sind, erhalten in allen Abteilungen pro Stunde über 18 Jahre alte in den ersten 6 Monaten der Beschäftigung 0,65 Mk., nach 6 Monaten 0,75 Mk., von 16 bis 18 Jahre alte in den ersten 6 Monaten 0,55, nach 6 Monaten 0,65, Arbeiterinnen unter 16 Jahren in den ersten 6 Monaten 0,45, nach 6 Monaten 0,55 Mk.

5. Für Handwerker und Maschinisten sowie für Kriegsverwundete werden die Lohnsätze mit den in Fraach kommenden Arbeitern übereinstimmend vereinbart.

6. Akkordarbeitern wird der jetzt bestehende Zuschlag von 10 Proz. auf die Akkordlöhne auf 145 Proz. erhöht.

Der Kassierer Otto G ö r k.

Streit in Potschappel. In der sächsischen Porzellanfabrik zu Potschappel hat am 6. Mai die gesamte Arbeiterschaft die Arbeit eingestellt. Den Grund hierzu gab das Verhalten der Firma gegenüber dem Arbeiterausschuß. Nach mehrmaligem Vorsprechen des Arbeiterausschusses war weder Herr Kunzsch sen., noch junior in der Lage, als beschlußfähige Person auf Wünsche und Forderungen der Arbeiterschaft eine bindende Antwort geben zu können. In der Behandlung des Arbeiterausschusses wurde von seiten der gesamten Arbeiterschaft energisch protestiert und beschlossen, die Verhandlung am 6. Mai nicht früher zu beginnen, bis eine Einigung der Fabrikleitung zustande gekommen ist. Von einer am 6. Mai, auf nachmittags 4 Uhr festgesetzten Verhandlung mit dem Arbeiterausschuß war Herr Kunzsch sen. angeblich durch dringende Angelegenheiten abgehalten und mußte ausgerechnet 1/4 Uhr fortfahren. In der darauf nochmaligen, auf folgenden Morgen 7 Uhr bestimmten Verhandlung war Herr Kunzsch sen. wieder krank und mußte das Zimmer nicht verlassen. Die Verhandlung wurde schließlich nur mit Herrn K. jun. geführt, welcher aber auch heute keine bindende Antwort nicht geben konnte. Für Drehtischler, Blumenmacher und Schleifer, welche infolge angeblichen Kohlenmangels 6 Wochen lang je 3 Tage aussetzen

mußten und einen Ausgleich der Differenz in einer Entschädigung von nur 10 Mk. pro Woche verlangten, wurde von seiten der Firma dieses Verlangen abgelehnt. Auch eine Bezahlung der Zeit, in welcher die Arbeiterschaft auf den Ausgang der Verhandlung mit dem Arbeiterausschuß vor der Arbeitsaufnahme wartete, wurde verweigert. Darauf wurde auf einstimmigen Beschluß der Betriebsversammlung vom gesamten Personal verlassen.

Vermischtes.

Zur Verordnung über Einstellung, Entlassung und Entlohnung von gewerblichen Arbeitern und Angestellten ist unter dem 4. April d. J. eine Ergänzung veröffentlicht worden, wonach Kriegsteilnehmer und reichsdeutsche Zivilinternierte, die bei Ausbruch des Krieges stellunglos oder im Ausland oder in Bureaus oder Betrieben tätig waren, die später aufgelöst worden sind, oder selbständige Unternehmer waren und infolge des Krieges kein Unternehmen mehr betreiben, ein solches auch nicht durch andere betreiben lassen, ein Wiedereinstellungsverfahren gegen denjenigen Arbeitgeber geltend machen können, bei dem sie nach dem 1. August 1914 zuletzt als Angestellte beschäftigt waren.

Genossenschaftsarbeit ist Gemeinschaftsarbeit. Wenn die deutschen Konsumvereine und alle von ihr geschaffenen zentralen Einrichtungen auf ihre bisher geleistete Arbeit zurückblicken, so dürfen sie, bei aller Wahrung ihres Wesens, dessen bestimmendes Merkmal das stille Wirken am Fortgang unserer Wirtschaft ist, sagen, daß sie Gemeinschaftsarbeit in des Wortes vollster Bedeutung leisteten. Diese Arbeit wurde immer freiwillig und freudig geleistet; kein persönlicher Vorteil war die Triebfeder für die Mitarbeit. Für diese treue Hingabe an die Sache gebührt den deutschen, unseren Konsumvereinen der herzlichste Dank.

Ernst und schwer ist jetzt die Zeit; der Blick in die Zukunft ist trüb; das deutsche Wirtschaftsleben liegt schwer darnieder. Der Krieg brachte auch der Konsumgenossenschaftsbewegung an dem Schwerem genug. Aber innerlich steht sie gefestigt da, bereit zu neuer Arbeit, gerüstet für die neuen Pläne der Zukunft. Soll das deutsche Wirtschaftsleben gesunden, so wird es notwendig sein, der Konsumgenossenschaftlichen Betätigung einen weiten Raum zu geben. Alle Konsumgenossenschaften und ihre Großeinkaufsgesellschaft, die wirtschaftliche Zentrale der deutschen Konsumvereine, sind bereit, nach ihren genossenschaftlichen Grundsätzen am Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens mitzuwirken. Wir hoffen, daß die Großeinkaufsgesellschaft mehr und mehr zum Mittelpunkt freier genossenschaftlicher Betätigung, zur Sozialisierung wichtiger Gebiete des deutschen Wirtschaftslebens wird. Demokratie — Sozialismus — diese beiden Worte und Begriffe bewegen jetzt Millionen Herzen und Köpfe. Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine ist aufgebaut auf breiter demokratischer Grundlage. Demokratische Selbstverwaltung und Verantwortung sind die Grundpfeiler ihrer Verfassung. Die genossenschaftliche Wirtschaftsform ist antikapitalistisch. Der Ertrag gemeinsamer Arbeit fließt allen gemeinsam zu. Es herrscht Gemeinwirtschaftssozialismus, angewandter praktischer Sozialismus, Sozialismus der Tat.

In treuer genossenschaftlicher Arbeit wurde der Boden unserer Wirtschaft beackert, gehegt und gepflegt und die Saat hineingestreut. Sie ist herrlich aufgegangen, und freudig und stolz kann die Gegenwart auf das Vergangene blicken. Hoffnungsfreudig, zielklar und zielbewußt wird gemeinsam weitergearbeitet und damit bewiesen, daß genossenschaftliche Arbeit Gemeinschaftsarbeit zum Wohle des gesamten Volkes ist.

Versammlungsberichte.

Sohrenberg a. d. Eger. In der am 26. April hier tagenden Zahlstellenversammlung stand unter anderem auch auf der Tagesordnung: Besprechung über Kollektivvertrag und Maifeier. Ueber den Kollektivvertrag referierte Genosse Käfel. Er betonte, daß die Ausarbeitung dieses Vertrages noch viel Arbeit und Zeit erfordert, in Selbst aber schon tüchtig daran gearbeitet wird. Da einer der wichtigsten Punkte die Festsetzung von Einheitspreisen sein soll, erklärten sich die Genossen aus Selbst bereit, der hiesigen Zahlstellenverwaltung ein Verzeichnis ihrer Preise zu übermitteln. Bei einem Austausch über Kalkulation verschiedener Artikel fand sich, daß die Preise, die in hiesiger Fabrik bezahlt werden, niedriger sind, als die man in selber Fabriken bezahlt, welches wiederum rückwirkend auf die Krankenkasse ist, da bei dem geringeren Durchschnittsverdienst die Mitglieder in den niederen Klassen verbleiben und folglich auch in Krankheitsfällen die Unterstützung eine ganz geringe ist. Zur Feier des 1. Mai wurde folgender Beschluß gefaßt: Morgens um 6 Uhr: Westruf; Mittags: Abmarsch über Schindling nach Arzberg, woselbst Demonstration und Versammlung auf dem Anger mit Referat über Bedeutung des 1. Mai. Abends: Konzert im hiesigen Gasthof zur Krone, unter gütiger Mitwirkung des Gesangsvereins. Genosse Zeit referierte noch kurz über Entwicklung der Zu-

Industrie bis zur Entstehung der Aktiengesellschaften und deren bekanntes Ausbeutungssystem, sowie über Entstehung und Entwicklung der Sozialdemokratie von Marx, Engels und Lassalle bis zu unserer Zeit, der Entstehung des Krieges und der Revolution und die beginnende Sozialisierung. Er ermahnte zur Einigkeit und Geschlossenheit; nur dadurch kann die soziale Sache gefördert und können die Früchte der Revolution gesichert bleiben.

Krummenaab. Ein erfreuliches Bild zeigte der hier veranstaltete Demonstrationzug am 1. Mai. Trotz des schwarzen Winkels, in dem wir leben, beteiligten sich von der Zahlstelle Krummenaab zirka 120 Personen. Der Zug marschierte unter Führung des Genossen Ulrich Wehelt um 12 Uhr mittags hier ab nach Erbenhof, woselbst sich die dortigen Genossen anschlossen. Auch hier war die Zahl der erschienenen Kollegen und Kolleginnen eine erfreulich große, so daß sich der Zug auf zirka 300 Personen stellte. Hierauf ging es über Burggrub zurück nach Krummenaab. Die Demonstration verlief ruhig und ohne Störung, nur gab es Leute, die diese friedliche Kundgebung für Spartakusumtriebe ansahen. Als Festredner war Gauleiter Bredow aus Marktredwitz anwesend, der dann die Ansprache hielt. Hierauf wurde ein kleines Vergnügen veranstaltet und damit die Kundgebung geschlossen. Wir sehen also, daß selbst in den stärksten Reaktionsvierteln der Sozialismus durchdringt. Hoffen wir auch fernerhin auf weitere Fortschritte und lassen wir uns ständig mahnen durch den Spruch: Einigkeit macht stark.

Meuselwitz. Die am 30. April im „Deutschen Kaiser“ abgehaltene Zahlstellenversammlung wurde vom Vorsitzenden 8,10 Uhr eröffnet. Selbige war schwach besucht. Es wäre wünschenswert, daß die Kollegen und Kolleginnen in dieser Beziehung aus ihrem Schlaf der Interesselosigkeit endlich aufwachen und die Versammlungen in Zukunft vollzählig besuchen, da in diesen Versammlungen immer ein reichhaltiges Programm vorliegt, wie aus der am 30. April abgehaltenen Versammlung ersichtlich ist: 1. Bericht über die letzte Zahlstellenversammlung. 2. Klassenbericht vom 1. Quartal. 3. Kartellbericht. 4. Bericht über die Sitzung im „Deutschen Haus“ über einen paritätischen Arbeitsnachweis. Hier ist hervorzuheben, daß der paritätische Arbeitsnachweis wegen zu großen Kostenaufwandes unterbleiben mußte. Eine Einigung wurde dahin erzielt, daß sämtliche Betriebe ihre Arbeiter aus dem städtischen Arbeitsnachweis zu entnehmen haben. 5. Verbandsangelegenheiten. Hier entspann sich eine längere Debatte. Für den Kollegen Pickenhahn, welcher schon längere Jahre krank ist, wurden 50 Mk. zur Unterstützung aus dem 12 Proz.-Fonds einstimmig bewilligt. Die von der Zahlstelle Teltow in der „Ameise“ Nr. 17 gebrachte Resolution zur Sozialisierungsfrage gelangte zur Diskussion. Hierzu wird folgender Antrag erbracht: Die Zahlstelle Meuselwitz stellt sich geschlossen hinter die von der Zahlstelle Teltow erbrachte Resolution zur Sozialisierung unter Hinzufügung des Nachtrages. Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Reichmannsdorf. Die am Sonntag, den 13. April, stattgefundene öffentliche Porzellanarbeiterversammlung, in welcher über die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation gesprochen wurde, zeigte, daß das Interesse der hiesigen Arbeiter leider viel zu wünschen übrig läßt. Die Jugend hauptsächlich sollte solche Vorträge besser besuchen, denn gerade bei der jetzigen Tanzwut, wo man sogar stundenweit geht jeden Sonntag, konnte man über die Staubgefährlichkeit, wie dieselbe auch beim Tanzen entsteht, etwas lernen. Referent Albert Müller entledigte sich seines Referats in vorzüglicher Weise. U. a. sprach er über die schlechten Einrichtungen in vielen Porzellanfabriken. Die gesundheitlichen Verhältnisse sind äußerst schlecht. Er führte an, daß Professor Sommerfeld feststellen konnte, daß $\frac{1}{4}$ von den Porzellanarbeitern an Erkrankung der Atemungsorgane sterben, und daß das Durchschnittsalter 41 Jahre beträgt. In den meisten Betrieben fehlt es nicht nur an Ventilationseinrichtungen, um den ständig sich anwählenden Staub aufzuheben, sondern da mangelt es am allerwichtigsten: an der erforderlichen Sauberkeit und an der fortgesetzten, in kurzen Zwischenräumen vorgenommenen gründlichen Reinigung der Arbeitsräume. Wie eine grausame Ironie des Schicksals mutet es an, daß, während viele Porzellanfabriken in den landschaftlich anmutigsten Gegenden liegen, eine gesunde, von Tannennädeln durchweichte Luft sich an den Fabrikmauern und Fenstern bricht, hinter diesen Mauern und Scheiben hunderte von Arbeitern schwer arbeiten, kümmerlich leben und an den Folgen der ungesunden Luft, gequält von Atemnot, gedrückt von schwerem Brustleiden, häufig allzufrüh in den Tod gehen müssen. Die Behörden aber kümmern sich zu wenig um die Ergebnisse der Forschungen auf diesem Gebiet. Daß der Porzellanarbeiterberuf nicht „rosig“ ist, beweist die Aufstellung einer Statistik in Reichmannsdorf, wo der 6. Teil der Porzellanarbeiter die Fabrik verlassen hat, um einen anderen Beruf zu ergreifen. Eine Besserung der Zustände kann natürlich nur durch Zusammenhalten der Arbeiter geschaffen werden. Also, die noch Abseitsstehenden, welche immer noch denken: jaet ihr nur, wir ernten auch mit, sollen das in Zukunft nicht mehr glauben. Wir haben keine Lust, auch fernerhin zu dulden, daß ein Teil der Kollegen abseits steht und die Früchte unserer Organisationsarbeit mit genießt, ohne selbst mit Hand anzulegen. Wenn alle kollektiven Ermahnungen fruchtlos bleiben sollten bei diesen Kollegen und Kolleginnen, würden eventuell auch einmal andere Mittel in Anwendung kommen müssen, die jenen begreiflich machen, daß es ernst ist mit unserem Vorgehen. Nur durch Organisation und mit Hilfe der Organisation kann es uns gelingen, bessere Zustände zu schaffen und zu erhalten. Das heutige Referat endete Kollege Müller unter lebhaftem Applaus. — 10 Kollegen und Kolleginnen sind dem Verbande neu beigetreten. So daß wir hier nur noch im ganzen 18 Unorganisierte unter den Porzellanarbeitern haben. — Kollege Albert Kiese-wetter wurde als Vertreter gewählt. Von den Büchern und Schriften, welche den Lesern unentgeltlich zur Verfügung stehen, wird gebeten, regen Gebrauch zu machen. Der Vorsitzende dankte dem Referenten für das Dargebrachte und schloß nach kurzer Diskussion, an welcher sich mehrere Kollegen beteiligten, die Versammlung.

Versammlungs-Anzeigen.

Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.

Berlin. Donnerstag, den 15. Mai, abends 7 Uhr, im „Dresdener Garten“, Dresdenerstr. 45: Außerordentliche Zahlstellenversammlung. Wahl des Lokalbeamten.

Eisenberg. Sonnabend, den 17. Mai, abends $\frac{1}{2}$ 8 Uhr, Zahlstellenversammlung bei Max Obst.

Gräfenhain. Sonntag, den 18. Mai, nachmittags 3 Uhr, im „bernen Fisch“: Zahlstellenversammlung.

Sonntag, den 25. Mai, nachmittags 3 Uhr: Versammlung im Haus „Zur Taube“ in Schmiedefeld, S.-M. für die Betriebe Lippe, Laubenbach, Hock und Teich und Schmiedefeld. Nege Beteilung erwünscht.

Meuselwitz. Dienstag, den 20. Mai, abends $\frac{1}{2}$ 8 Uhr, im Haus „Deutscher Kaiser“.

Adressen-Änderungen.

Blankenhain. Vorsitzender: Robert Klönich, Brauhausstr. 2. Kassierer: Max Kaiser, Rugeleich 2.

Breslau. Vorsitzender: Johann Ertel, Adlerstr. 9; Revisor: Wenzel, Karlowitz, Hundsfelder Chaussee 91.

Flörsheim a. Main. Kassierer: Günther Dittmann, Hauptstr. Altes Rathaus.

Neuhaldensleben. Kassierer: Erik Schoof, Maler, Ritterstr. 1.

Mürnberg. Schriftführer: Georg Weiskopf, Magaziner, W. Zwingerstr. 4; Revisorin: Anna Kreißel, Lachnerin, Re. erstr. 64.

Wesel a. Rh. Revisoren: Heinrich Dempf, Gießer, Langguinenstr. 8; Jakob Berndt, Ofenseher, Lipperhehstr. 10.

Arbeitsmarkt.

Lüchtige, flotte Malerin für Golddekor, Stempeln usw. sucht ernde Stellung. Offerten unter T. S. erbeten an die Red. der „Ameise“.

Maler

für Schriften und Silberdekor sofort gesucht.

Stern-Porzellan-Ges. m. b. H., Tiefenfurt i. S.

Lüchtiger Schriftmaler

sucht Stellung, eventl. auch als Obermaler. Derselbe ist mit allen kommenden Arbeiten, wie Email- und Farbschrift, Schablonenschnitt und Schrift-Lithographie, vertraut.

Offerten unter M. 1919 an die Redaktion der „Ameise“.

Geschäfts-Anzeigen.

Goldschmied, Goldlappen, Goldflaschen und alle in der Branche vorkommenden Abfälle kauft bei pünktlicher, reeller Bedienung zu höchsten Preisen
Oskar Rottmann, Stadtilm

Goldlappen, Schmiere

sowie alle goldhaltigen Malrückstände kauft, Feingold Gramm 8,50
Flaschen mit Stöpsel 5 Pf. aufwärts

A. Langhammer, Wilkau i. Sach.

Zur Lieferung allerfeinster Pinsel für die gesamte keramische Malerei, sowie Horn- und Stahl-Spachteln, Pinsel empfiehlt sich
Erdmann Wunder

Altwasser i. Schl., Charlottenbrunnerstr.

Sämtliche Pinsel für Porzellanmaler

überhaupt der Porzellanbranche, sowie Stahlspachteln und Dreherm liefert zu soliden Preisen

Paul Materne, Schönwald i. Oberfranken

Auf Verlangen werden Pinsel nach Zeichnung oder Muster angefertigt

Goldhaltige Lappen — Asche — Schmiere

Pinsel, Paletten, Näpfe, leere Goldflaschen

(mit Stöpsel zahle 5—10 Pf. je nach Gehalt, bei größeren auch tend mehr) überhaupt alle Malrückstände und ausgebranntes Gold kauft die Scheideanstalt von

Max Haupt, Dresden-A., Böhniß-Platz 17.

Goldflaschen :: Lappen :: Schmiere

sowie ausgebranntes Gold kauft zu den höchsten Preisen

Emil Theimer, Langwieschen b. Zlm., S.

Alle Malrückstände, Goldflaschen, goldhaltige Lappen, Näpfe, Pinsel usw. kauft zu höchsten Preisen
Otto Seifert, Zwickau, Sa., Osterweihstr. 32.
Schnelle, reelle Bedienung

Herausg. v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen
Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenburg, Rosinenstr. 4
Verlag: Wilhelm Gerden, Charlottenburg, Rosinenstr. 4
Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstr. 2